

nung und Protokolle niemandem, auch Sommer nicht bekannt sind, soll „unterhalb des Wahrnehmungshorizontes der Öffentlichkeit agieren“.

„Küchengespräche und Kungelei führten in der Vergangenheit dazu, den Neustart der Endlagersuche mit Gorleben zu belasten. Mit der Ad-hoc Arbeitsgruppe wird der ausgetretene Pfad einer intransparenten Atommüllpolitik nicht verlassen. (...) Wenn das der sogenannte ‚lernende Prozess‘ der Endlagerkommission ist, dann wird deutlich, dass das Lernen und die Öffentlichkeitsbeteiligung da eine Grenze hat, wo es um Entscheidungen geht. So wird niemals Akzeptanz geschaffen, damit wird Protest provoziert“, resümiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Konsequenterweise spreche Sommer von einer Scheinbeteiligung der Öffentlichkeit und sehe darin gar eine Strategie, die darauf ausgerichtet sei, „nur ja keine Beteiligungsgelüste aufkommen zu lassen“ – diesbezüglich sei die Arbeit bislang sehr erfolgreich. Ehmke: „Dieses Vorgehen muss ein Ende haben, undurchsichtige Absprachen füttern den Verdacht, dass in Sachen Endlagerung alles hinter den Kulissen entschieden wird.“

Die Bürgerinitiativen und die Organisation ‚ausgestrahlt‘ wollen parallel zur Veranstaltung der Endlagerkommission eine eigene Veranstaltung mit eigenen Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen. ●

Atommüll

Stilllegung und Rückbau des AKW Isar 1/Ohu

Das Genehmigungsverfahren für die Stilllegung und den Rückbau des Blocks 1 des Atomkraftwerks Isar 1/Ohu

soll laut Genehmigungsbehörde Ende 2015/Anfang 2016 abgeschlossen sein. Das erklärt die Bundesregierung in einer Antwort (Bundestagsdrucksache 18/4291 vom 12.3.2015 [1]) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke. Derzeit laufe zudem ein Änderungs genehmigungsverfahren für die verkehrsrechtliche Zulassung einer modifizierten Ausführung des Transport- und Lagerbehälters Castor V/52. Mit einer Genehmigung sei im Laufe des Jahres 2016 zu rechnen.

Nach der Katastrophe von Fukushima war das Atomkraftwerk (AKW) Isar 1/Ohu vom Typ Siedewasserreaktor per Atomgesetz abgeschaltet worden. Inzwischen ist der Rückbau des Atomkraftwerks geplant. Entsprechende Anträge hat der Betreiber bei der zuständigen Atomaufsicht in Bayern eingereicht. [2]

Noch immer befinden sich 1.734 der hochradioaktiven Brennelemente aus dem Betrieb des Siedewasserreaktors im Nasslager des Reaktorgebäudes. Eine aus sicherheitstechnischen Gründen sinnvolle Auslagerung der Brennelemente konnte bislang nicht erfolgen, weil die dazu erforderlichen Castorbehälter für diesen Reaktortyp bislang noch immer nicht genehmigt sind, geschweige denn in der erforderlichen Stückzahl zur Verfügung stehen. Den Angaben der Bundesregierung zufolge werden dafür 34 der Castorbehälter benötigt.

Nach Information der Fragesteller gehen die Behörden trotzdem davon aus, dass die Auslagerung etwa bis zum Jahr 2016 bzw. 2017 erfolgen soll.

Solange hochradioaktive Kernbrennstoffe in der Anlage sind, müssen eine Vielzahl von Schutzeinrichtungen betrieben werden, die Kritikalitätsunfälle verhindern und die Kühlung gewährleisten. Baumaßnahmen stellen damit grundsätzlich erhöhte Risiken dar, so-

lange hochradioaktive Brennstoffe in der Anlage sind. Der Rückbau sollte daher möglichst erst stattfinden, wenn die Anlage vollständig frei von hochradioaktiven Brennstoffen ist, meint die Fraktion Die Linke.

Die Bundesregierung ist nicht dieser Ansicht und meint, die Stilllegung und der Abbau eines Kernkraftwerkes sei „ein komplexes Vorhaben, das in mehreren Phasen“ ablaufe. Diese Phasen müssten in den einzelnen Genehmigungsschritten vom Betreiber in den zugehörigen Antragsunterlagen dargelegt werden, wobei „auch mögliche Auswirkungen zu untersuchen, die Einhaltung der Schutzziele nachzuweisen und entsprechende Vorkehrungen zur Verhinderung negativer Einwirkungen darzulegen“ seien. Erst nach erfolgter Prüfung und Erteilung der jeweiligen Genehmigung könnten die einzelnen Schritte umgesetzt werden. Die Umsetzung unterliege der staatlichen Kontrolle durch die zuständige Behörde und dadurch sei sichergestellt, dass die erforderliche Schadensvorsorge zur Verhinderung der angesprochenen Szenarien gewährleistet wird.

Als Stilllegungsabfälle werden im Mittel circa 5.000 Kubikmeter (hoch-)radioaktiver Abfall je Leichtwasserreaktor erwartet, heißt es weiter in der Antwort der Bundesregierung. Diese sollen konditioniert und die Abfallgebinde anschließend zwischengelagert werden. Die Kapazitäten in den deutschen Zwischenlagern seien nach gegenwärtigem Stand ausreichend, sodass die Errichtung eines neuen Lagers nicht vorgesehen sei.

Im übrigen ist die Bundesregierung der Meinung, das nunmehr rechtskräftige Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig habe nur für das Zwischenlager Brunsbüttel unmittelbare rechtliche Auswirkung. Bei der Genehmigerteilung im Jahr 2003 für das

Standortzwischenlager Brunsbüttel habe es aus Sicht des Gerichts zwar ein Ermittlungs- und Bewertungsdefizit in Bezug auf Einwirkungen Dritter, insbesondere Terrorangriffe gegeben, das Gericht habe aber keine Sicherheitsdefizite des Zwischenlagers Brunsbüttel festgestellt. Bund und Länder seien gemeinsam der Auffassung, dass keine Erkenntnisse vorliegen, die die rechtskräftigen Genehmigungen an anderen zentralen und dezentralen Zwischenlagern infrage stellen.

1. Bundestagsdrucksache 18/4291 vom 12.3.2015, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/042/1804291.pdf>
2. Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, www.stmuv.bayern.de/umwelt/reaktorsicherheit/genuehmigung/kki_1.htm ●

Atommüll

„Die Reise zum sichersten Ort der Erde“

Ein Film über die absurde Suche nach einem sicheren Endlager für Atommüll

Einen Film über die Suche nach einem sicheren Endlager für die sogenannten hochradioaktiven (besser: wärmeentwickelnden) Hinterlassenschaften des Atomzeitalters hat der Schweizer Regisseur Edgar Hagen gedreht. Unschädlich für Mensch und Umwelt sollen die inzwischen mehrere hunderttausend Tonnen betragenden wärmeentwickelnden Atomabfälle für Tausende von Jahren endgelagert werden – so jedenfalls der Anspruch. Doch so ein Endlager existiert nicht, während die Produktion von Atommüll ungebrochen fortgesetzt wird. Der in der Schweiz lebende, inzwischen 70 Jahre alte Nuklearphysiker und international vernetzte Endlagerprotagonist Charles McCombie und einige seiner

wichtigsten Weggefährten geben dem Filmemacher Edgar Hagen Einblick in ihr hartnäckiges Ringen, den dereinst sichersten Ort der Erde zu finden. Dabei wird deutlich, daß es sich lediglich um die Verteidigung eines eher religiösen Glaubenssatzes handelt, daß es ein solches Endlager geben kann.

Die weltumspannende Suche führt an die unterschiedlichsten Orte – durch dicht besiedelte Gebiete in der Schweiz, zu einer Nomadenfamilie in der chinesischen Wüste Gobi, zu einem heiligen Berg in einem atomverseuchten Indianerreservat, zu Demonstranten im Wald von Gorleben in Deutschland. Der Film wird Zeuge der geheimen Ankunft eines Atommüllfrachters in Japan und beobachtet Freiwillige an einer britischen Atommüllversammlung. An all diesen Orten werden Vernunft, Demokratie und wissenschaftliche Redlichkeit durch Sachzwänge, Strategien und Ängste auf die Probe gestellt. Lockende Optionen tauchen auf: Ein Bürgermeister in New Mexico will den gefährlichsten Stoff der Erde für viel Geld in seiner Gemeinde unterbringen. Ein unermessliches, flaches Gebiet in der westaustralischen Steppe wird eruiert, um im Rahmen eines lukrativen Geschäftsmodells hochradioaktiven Atommüll aus der ganzen Welt aufzunehmen – obwohl Australien gar keine Atomkraftwerke hat. Edgar Hagens Film wirft eine Fülle von Fragen über unser gegenwärtiges Handeln und unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen auf. Kann und darf man im Notfall ein solches Projekt gegen den Willen der Bürger durchsetzen?

Die Reise zum sichersten Ort der Erde zeigt die realen Widersprüche der Endlagersuche auf. Es wird klar, daß es keine schnelle Lösung des Konflikts und des Problems geben wird. Der Film erschüttert den der

Öffentlichkeit präsentierten Glaubenssatz von einem sicheren Endlager für Atommüll und führt uns an die Grenzen von Wissen und gesellschaftlich Verantwortbarem. Dabei handelt es sich bei dem hier betrachteten sogenannten hochaktiven Müll nur um circa fünf Prozent der gesamten Atommüllmengen. Über die restlichen 95 Prozent nicht oder gering wärmeentwickelnden Atomabfälle wird bisher öffentlich nicht geredet.

Der Film ist sehr zu empfehlen. Alle Kinotermine sind zu finden unter <http://kinotermine.diereise.wfilm.de>.

Nach den Previews am 17. und 18. März 2015 in Hamburg und Berlin wird der Film vom 23. bis 29. April 2015 auch noch einmal im UNION Filmtheater in Berlin-Friedrichshagen gezeigt (104 Minuten). ●

Schweinfurt, 9. Mai 2015

AKW-Stilllegung – und dann?

Fachtagung zu den Fragen von Rückbau, Freimessung und Atommülllagerung

Das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld wird in diesem Jahr (2015) abgeschaltet und stillgelegt. Doch was folgt dann? Rückbau? Freimessung? Lagerung? Das fragt das Schweinfurter Aktions-Bündnis gegen Atomkraft und veranstaltet deshalb gemeinsam mit der Organisation „ausgestrahlt“ am Samstag, den 9. Mai 2015 von 10 bis 17 Uhr im Schweinfurter Augustinum eine Fachtagung.

Es werden sich nicht alle Fragen beantworten lassen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, meinen die Veranstalter, doch es werde eine Menge an fundierter In-

formation zu Themen und Fragestellungen geben, die in Zusammenhang mit der geplanten Stilllegung des AKW Grafenrheinfeld stehen.

Das AKW Grafenrheinfeld ist der erste Atommeiler in Deutschland, der nach den ersten AKW-Abschaltungen 2011, nach der atomaren Katastrophe im japanischen Fukushima endgültig vom Netz gehen soll. Der gesetzlich festgelegte Termin ist der 31. Dezember 2015. Nachdem zunächst eine Allianz aus AKW-Betreibern und atomkraftfreundlichen Politikern, Wissenschaftlern und „Meinungsmachern“ den Termin als fraglich hingestellt hatte (angeblich würden Energieversorgungsunternehmen drohen), dies aber durch Gutachten als falsch entlarvt wurde, kündigte der Energieversorger e.on plötzlich an, den Betrieb schon am 31. Mai 2015 zu beenden – um sich die Kosten der Brennelementesteuer für neue Brennelemente zu sparen, die sonst im Zuge der Revision fällig werden würde.

Das bedeutet nicht nur ein Ende der Dampfschwaden, die über Jahrzehnte das Landschaftsbild geprägt haben, es bedeutet das Ende der Atommüllproduktion im AKW Grafenrheinfeld und ein Ende der schädlichen Emissionen, die im „Normalbetrieb“ entstehen, erklären die Veranstalter der Tagung in ihrer Ankündigung. Das sind positive Aspekte, ist also alles gut? Kann die hiesige Bevölkerung aufatmen, feiern und ist fortan von der Geißel der unverantwortlich gefährlichen Auswirkungen der Energieerzeugung durch Atomkraft befreit?

Vom AKW-Eigentümer e.on wurde das in bisherigen Medienveröffentlichungen alles als sehr harmlos angekündigt: baldiger Rückbau, dadurch Erhalt von Arbeitsplätzen, Rückkehr zur „grünen Wiese“ usw..

Leider wird es so harmlos nicht werden, warnen die Ver-

anstalter der Fachtagung: Rückbau bedeutet Strahlenbelastung. Neben wärmeentwickelndem radioaktiven Abfall fällt in großen Mengen geringer aktiver Abfall an, der gleichwohl gefährlich strahlt, aber von den Betreibern „freigemessen“ und in die Umwelt freigegeben werden soll. Dadurch ist eine Erhöhung des Strahlenrisikos für die Bevölkerung zu erwarten.

Neben dem AKW steht das unsichere Standortzwischenlager, in dem Atommüll bis mindestens 2046, voraussichtlich aber länger, nicht ausreichend gegen mögliche Einwirkungen von außen gelagert wird. In Brunsbüttel wurde die Genehmigung für ein derartiges Atommülllager entzogen, da im Genehmigungsverfahren der Nachweis nicht erbracht worden war, dass es ausreichend vor Angriffen mit modernen panzerbrechenden Waffen bzw. gegen Flugzeugabstürze von großen Maschinen geschützt ist.

Das Bundesverwaltungsgericht hat dieses Urteil bestätigt und für diese Entscheidung keine Revision zugelassen. Das Standort-Atommülllager in Grafenrheinfeld ist noch unsicherer, da es geringere Wand- und Deckenstärken hat. Der Betrieb muss deshalb als illegal betrachtet werden, meint das Schweinfurter Aktionsbündnis. Und der Ort, an dem die Massen an radioaktivem Müll, die bisher schon produziert wurden, sicher abgeschirmt über eine notwendige Dauer von 1 Million Jahre aufbewahrt werden könnten, ist bislang auch nicht gefunden.

Das atomare Desaster ist nicht zu leugnen und es betrifft alle. Für das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft ist es wichtig, die vielfältigen Probleme zu benennen, die ungeachtet der geplanten endgültigen Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld bestehen und Schlussfolgerungen in Hinblick auf den weiteren